

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1033
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 05.07.2016

N i e d e r s c h r i f t

der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration
am Mittwoch, dem 29.06.2016,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 18:05 - 18:35 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz
Herr Felix Döring
Herr Egon Fritz

(in Vertretung für Stv. Sahin)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Randy Uelman

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Christiane Janetzky-Klein
Herr Christian Zuckermann

(ab 18:15 Uhr)

Stadtverordnete der AfD-Fraktion:

Frau Sandra Weegels

Stadtverordnete der Gießener Linke-Fraktion:

Herr Michael Beltz

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Johannes Zippel

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Außerdem:

Herr Hanno Kern	CDU-Fraktion
Frau Regina Enners	AfD-Fraktion
Frau Cornelia Mim	Fraktion Gießener Linke
Herr Thomas Jochimsthal	Fraktion Piraten Partei/Bürgerliste Gießen

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin

Von der Verwaltung:

Frau Ines Müller	Leiterin des Amtes für soziale Angelegenheiten
------------------	------------------------------------------------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz	Schriefführerin
------------------	-----------------

Entschuldigt:

Herr Frank Schmidt	SPD-Fraktion
--------------------	--------------

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Vorsitzender schlägt vor die Reihenfolge der Tagesordnungspunkt 2 - Wahl des/der Vorsitzenden und 3 - Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden tauschen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Somit ist die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
3. Wahl der/des Vorsitzenden
4. Wahl der Mitglieder zum Seniorenbeirat der
Universitätsstadt Gießen STV/0098/2016
- Antrag des Magistrats vom 06.06.2016 -
5. Wahl der Mitglieder zum Beirat für die Belange von
Menschen mit Behinderungen der Universitätsstadt Gießen STV/0099/2016
- Antrag des Magistrats vom 06.06.2016 -

6. Sozialquote beim Wohnungsbau - Wohnungsmarkt STV/0135/2016
entspannen und Brennpunkte verhindern!
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 20.06.2016 -
7. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

Vorsitzender bittet um Vorschläge für die Wahl zur/zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses Soziales, Sport und Integration.

Stv. Helmchen, CDU-Fraktion, schlägt Stv. Randy Uelman vor.
Weitere Wahlvorschläge erfolgen nicht.

Gegen eine offene Wahl erhebt sich kein Widerspruch.

Beratungsergebnis: Der Wahlvorschlag wird einstimmig beschlossen.

Stv. Uelman erklärt, dass er die Wahl annimmt.

Stv. Fritz erklärt, dass er sein Mandat als Ausschussvorsitzender niederlegt.

Stellv. Vorsitzender Uelman übernimmt den Vorsitz.

3. Wahl der/des Vorsitzenden

Vorsitzender bittet um Vorschläge für die Wahl zur/zum Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, schlägt **Herrn Zeynel Sahin** vor.

Weitere Wahlvorschläge erfolgen nicht.

Gegen eine offene Wahl erhebt sich kein Widerspruch.

Beratungsergebnis: Der Wahlvorschlag wird einstimmig beschlossen.

Stv. Sahin hat bereits im Vorfeld erklärt, dass er im Falle seiner Wahl, die Wahl annimmt.

4. Wahl der Mitglieder zum Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen **STV/0098/2016**
- Antrag des Magistrats vom 06.06.2016 -

Antrag:

„In den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen werden gewählt:

1. Vier Vertreterinnen und Vertreter der freien Träger der Altenhilfe auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände,
2. zwölf sachkundige Bürgerinnen und Bürger als Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe der älteren Menschen, die das 55. Lebensjahr vollendet haben sollen. Diese werden auf Vorschlag der in der Altenhilfe und Altenarbeit tätigen Verbände, Vereine und Gruppen gewählt.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

5. Wahl der Mitglieder zum Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Universitätsstadt Gießen **STV/0099/2016**
- Antrag des Magistrats vom 06.06.2016 -

Antrag:

„In den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Universitätsstadt Gießen werden gewählt:

1. Fünf Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden entsandt werden,
2. fünf Personen, die von den Selbstorganisationen von Menschen mit Behinderungen entsandt werden,
3. ein Mitglied des Ausländerbeirates der Universitätsstadt Gießen,
4. ein Mitglied des Lebenshilfe Gießen e.V.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**6. Sozialquote beim Wohnungsbau - Wohnungsmarkt
entspannen und Brennpunkte verhindern!
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 20.06.2016 -**

STV/0135/2016

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt

- 1) Bei allen noch nicht rechtsgültigen und zukünftigen Bebauungsplänen, die Wohnflächen vorsehen, eine flexibel gehaltene Quote von 20-30% der Fläche nach §9 Abs. (1) Satz 1 und 7 BauGB für geförderten Wohnbau festzusetzen.
- 2) Bei städtebaulichen Verträgen mit privaten und juristischen Personen zum Zweck der Wohnraumschaffung ab fünf Wohneinheiten nach §1 Abs. (6) Satz 2 und §11 Abs. (1) Satz 2 BauGB eine flexibel gehaltene Quote von 20-30% für Wohnraum festzusetzen, die den Sätzen der KdU nach SGB II und XII entsprechen.“

Begründung:

Gießen wächst - der private Wohnungsbau in Gießen boomt. Noch nie wurde in unserer Stadt so viel privater Wohnraum gebaut, wie in den vergangenen Jahren. Gleichzeitig ist der soziale Wohnungsbau unter der letzten und vorletzten Koalition nahezu zum Erliegen gekommen. Mangels Förderprogramme und der vereinbarten Schuldenbremse aus Bund bzw. Land. Aber auch die einseitige Ausrichtung auf ökologische Modernisierung der Wohnbau Gießen GmbH, haben durch Vernachlässigung der Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum, die Situation in den letzten Jahren drastisch verschärft. Mittlerweile sind mehr als 3000 Gießener/-innen auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum, davon stehen alleine 1500 auf den Wartelisten der Wohnbau Gießen GmbH:

Alleinerziehende, Rentner/-innen, Menschen mit Handicap, Menschen in prekarierten Arbeitsverhältnissen und damit auch insbesondere Menschen die auf Transferleistungen angewiesen sind. Diese Menschen sind akut bedroht aus unserer Stadt aus Mangel an bezahlbarem Wohnraum faktisch verdrängt zu werden. Eine Teilhabe am Stadtleben wird ihnen damit zunehmend verwehrt.

Der Zuzug von Neubürger/-innen, auch aus den von Kriegen, Elend und Perspektivlosigkeit zerrütteten Ländern, schürt Missgunst und Neid unter den Bewohner/-innen Gießens auch und gerade auf dem angespannten Wohnungsmarkt. Das ist Nährboden für Nationalist/-innen und Rechtspopulist/-innen, die diese Konkurrenzsituation für sich auszunutzen zu wissen und Menschen in ihrer Ablehnung gegen Fremde anstacheln. Darüber hinaus ist festzustellen:

Ein Interesse von privaten Investor/-innen, günstigen Wohnraum zu schaffen besteht offenkundig nicht. Es wird dort investiert, wo hohe Renditen zu erwarten sind: Eigentumswohnungen und mittel- bis hochpreisige Mietwohnungen. Der Markt regelt hier nichts. Ausschließlich die Gewinninteressen derer, die genug Kapital besitzen, um in sog. Betongold zu investieren sind auf dem freien Wohnungsmarkt von Interesse.

Das Baugesetzbuch bietet dem Magistrat die Möglichkeit dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Durch die Einführung von Sozialquoten können Investor/-innen an ihre

soziale Verpflichtung durch Eigentum und Kapital gebunden werden. Frankfurt, Marburg, Ulm, München, Hamburg, Stuttgart, Regensburg, Freiburg, Münster, Düsseldorf, Berlin und viele weitere Städte haben diese Möglichkeit bereits ergriffen. Der Mieterverein Gießen, aber auch der Aufsichtsratsvorsitzende Reinhard Thies der Wohnbau Gießen GmbH fordern die Einführung einer solchen Quote (siehe Gießener Allgemeine vom 25.02.2016). Sie bietet darüber hinaus die Möglichkeit der Entstehung sozialer Brennpunkte in Gießen zu vermeiden, da durch diese Quote im gesamten Stadtraum bezahlbarer Wohnraum entstehen wird. Sie wird Bürger/-innen neuen Wohnraum schaffen und Vorurteilen und Missgunst entgegenwirken, da sie nachbarschaftlichen Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungsschichten ermöglichen

kann. Das Bochumer Institut inwis schätzt, dass etwa 25% der Gießener/-innen auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Da privater Wohnraum nicht nur von Großinvestor/-innen geschaffen wird, ist eine flexibel gehaltene Quote von 20-30 % ab fünf Wohneinheiten sinnvoll, um auch Kleininvestoren die Schaffung von Wohnraum ermöglicht wird, ohne dies durch Unwirtschaftlichkeit dies zu verhindern.

Stv. Beltz, Fraktion Gießener Linke, begründet den Antrag.

Stv. Janetzky-Klein, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **stellt folgenden Änderungsantrag:**

„Der Magistrat wird beauftragt, sich bei allen zukünftig zu erstellenden Bebauungsplänen die als rechtliche Grundlage für die Errichtung von Wohnungen dienen, für einen Anteil von öffentlich geförderten Wohnungen (mit Mietpreis- und Belegungsbindung) einzusetzen.

Absatz 2 entfällt.“

Beratungsergebnis: Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR, AFD; StE: LINKE, FW, FDP).

Über den Ursprungsantrag erfolgt keine Abstimmung.

7. Verschiedenes

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration am 14.09.2016, 18:00 Uhr stattfindet.

DER VORSITZENDE:
(TOP 1 + 2)

(gez.) F r i t z

DER VORSITZENDE:
(TOP 1 + 2)

(gez.) U e l m a n

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) B e n z